

Ein Basta vom Kreistag Saalfeld-Rudolstadt und viele Probleme

Thomas Spanier

Aktualisiert: 13.03.2021, 07:01 | Lesedauer: 3 Minuten



Unterricht unter Pandemiebedingungen an der Medizinischen Fachschule Saalfeld. Auch die Berufsschulen sind Teil des Schulnetzplans für den Landkreis, der gerade überarbeitet wird.

Foto: Thomas Spanier

SAALFELD/RUDOLSTADT. Der Beschluss des Kreistages zum Erhalt aller Schulen bis zum Jahre 2028 wird nicht das Ende aller Diskussionen sein – ein Blick auf die Realitäten

Es ist das gute Recht des gemeinen Volksvertreters, auch mal „Basta!“ zu sagen. So geschehen Anfang März im Kreistag, als man einmütig beschloss, bis zum Jahre 2028 keine Schulen in Trägerschaft des Landkreises Saalfeld-Rudolstadt zu schließen. Keine Grundschule, keine Regelschule, kein Förderzentrum, keine Berufsschule, kein Gymnasium. Das Aufatmen ob dieses „Bastas“ – in Gräfenthal, in Katzhütte, in Lehesten und anderenorts – war deutlich zu vernehmen. Es ist aber eine trügerische Sicherheit, in der man sich wiegt. An der Realität kommt der gute Wille nicht vorbei.

Pferd von hinten aufgezümt

Bildung ist Ländersache und die Gesetze werden in Erfurt gemacht, nicht in Saalfeld. Der Landkreis zahlt zwar die Rechnungen für Wärme und Reparaturen an den Schulen, den Schulbusverkehr und die Löhne der Hausmeister, schickt das Land aber keine der von ihm bezahlten Lehrer, nützt das schönste Schulhaus wenig. Damit in dieser Gemengelage nicht der Wunsch zum Zahlmeister wird, hat der Freistaat per Schulgesetz einen Rahmen geschaffen. Der sieht beispielsweise vor, dass an einer Grundschule mindestens 15 Schüler für eine Klassen vorhanden sein müssen, an der gesamten Schule in vier Jahrgängen also 60. Gräfenthal (48), Katzhütte (45) und Lehesten (55) schaffen das derzeit nicht, Leutenberg (69) und Probstzella (61) liegen nur knapp darüber. Außerdem, auch das sagt der Gesetzgeber, soll der Schulweg zur Grundschule nicht länger als 35 Minuten sein.



OTZ Newsletter

Die täglichen Nachrichten aus der Ostthüringer-Redaktion.

Jetzt anmelden

Mit meiner Anmeldung zum Newsletter stimme ich der [Werbevereinbarung](#) zu.

Aufgabe des Landkreises als Träger der staatlichen Schulen ist es, in diesem Rahmen die Schulorganisation zu planen. Alle fünf Jahre ist deshalb ein „Schulnetzplan“ fällig, der vom zuständigen Kultusministerium genehmigt werden muss. Derzeit geht es darum, für die Jahre 2022 bis 2028 einen Plan aufzustellen, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht, den gegenwärtigen und zukünftigen Schulbedarf ausweist und die Grundlagen für einen langfristig zweckentsprechenden Schulbau schafft. Der Beschluss dazu soll im Kreistag erst in knapp einem Jahr gefasst werden. Bis dahin sollten sich eigentlich die Fachleute aus der Verwaltung und die Mitglieder des Ausschusses für Kultur und Bildung ausführlich mit der Problematik beschäftigen, getrennt nach Schularten und Themenfeldern, anhand von Schülerzahlen, Busfahrzeiten, Investitionsbedarfen. Eine Arbeitsgruppe sollte das Ganze fachlich begleiten.

Mit dem „Basta!“-Beschluss des Kreistages zum Erhalt aller Schulstandorte hat man insofern das Pferd von hinten aufgezäumt, denn worüber soll eigentlich noch diskutiert werden, wenn das Ergebnis eh schon feststeht, wenn überhaupt kein Raum mehr ist für Kompromisse und Angebote an das Land? Stichwort: Kooperationsmodelle, Stichwort: Sprengelschule, Stichwort: Schulcampus. Macht man es sich in Erfurt genauso einfach, steht unter dem Schulnetzplan ein „Abgelehnt!“ – wegen Nichteinhaltung des Schulgesetzes. Dann ist der „Schwarze Peter“ zwar beim Land, geholfen aber ist den gefährdeten Schulen damit kein bisschen. Spätestens, wenn kein Lehrer mehr vorbeikommt, wird man merken, dass man diese Kraftprobe verloren hat.

